

Einreiseverbot: Praktische Empfehlungen der AHK Russland

(aus: RUSSLAND aktuell 24-2015)

Im Einklang mit der russischen Gesetzgebung sind zuständige Behörden der Russischen Föderation dazu berechtigt, ausländischen Staatsbürgern die Einreise zu untersagen, falls diese innerhalb der letzten drei Jahre in Russland zwei oder mehr administrative Rechtsverletzungen verschuldet haben.

Die Arbeitsgruppe für Migrationsfragen der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) hat dies zum Anlass genommen und folgende Empfehlungen für ausländische Arbeitnehmer sowie für deren Arbeitgeber zusammengetragen, die dabei helfen sollen, entsprechende Risiken auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Straßenverkehrsdelikte

Das häufigste Risikopotenzial für ausländische Staatsbürger stellen Straßenverkehrsdelikte dar. Aus diesem Grunde wird empfohlen, für Fahrten innerhalb der Stadt nach Möglichkeit anstelle des eigenen Pkw ein Taxi beziehungsweise einen Dienstwagen zu nutzen. In Großstädten besteht ferner immer die Möglichkeit, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Falls Sie für Ihre Fahrten doch Ihr eigenes Auto benutzen, wären Sie gut beraten, regelmäßig die Datenbank der russischen Verkehrspolizei GIBDD auf eventuell fällige Strafen zu prüfen. Nach den neuen Regeln werden die Strafnachrichtigungen nicht mehr per Post versandt, sondern müssen übers Internet verfolgt werden.

Bitte beachten Sie, dass jede nachfolgende Rechtsverletzung (nach der ersten Verwaltungsstrafe) für die jeweils zuständige Behörde bei ihrer Entscheidung, Ihnen die Einreise nach Russland zu untersagen, ausschlaggebend sein kann.

Kontakt zur Botschaft

Da immer noch nur sehr wenige russische Beamte Fremdsprachen beherrschen, empfiehlt die AHK Russland, stets die Kontaktdaten Ihrer Botschaft beziehungsweise Ihres Konsulats zur Hand zu haben, um diese rechtzeitig um Beistand ersuchen zu können. Außerdem sollten Sie die Telefonnummer eines Juristen beziehungsweise Anwalts parat haben, mit dem Sie rechtliche Fragen klären könnten. Falls Sie doch mit einer Strafe belangt wurden, prüfen Sie unbedingt die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben. Recht oft kann man erwirken, dass Entscheidungen bezüglich Verwaltungsstrafen für ungültig erklärt beziehungsweise aufgehoben werden. Fechten Sie nach Möglichkeit alle Beschlüsse über administrative Bestrafung an (das Gesetz legt Fristen für die Geltendmachung von Einsprüchen bei einem übergeordneten Verwaltungsorgan beziehungsweise beim Bezirksgericht am jeweiligen Verhandlungsort fest). Bitte beachten Sie, dass die Beschwerde gegen eine Entscheidung im Falle einer administrativen Rechtsverletzung laut allgemeiner Regelung binnen zehn Tagen ab Aushändigung beziehungsweise Erhalt einer Kopie der betreffenden Entscheidung eingereicht werden kann.

Einreiseverbot prüfen

Die Entscheidung über ein Einreiseverbot hat keine Wirkung, solange Sie sich in der Russischen Föderation aufhalten. Sie können in Russland bleiben, solange Ihr Visum gültig ist. Ob ein Einreiseverbot gegen Sie vorliegt beziehungsweise nicht

mehr vorliegt, sollten Sie regelmäßig über die offizielle Webseite des Föderalen Migrationsdienstes der RF prüfen.

Die aktuelle Gerichtspraxis zeigt, dass Fehler im Visum eines ausländischen Staatsbürgers diesem häufig zur Last fallen. Daher empfehlen wir nachdrücklich, alle Genehmigungspapiere direkt bei Erhalt sorgfältig zu prüfen (Vor- und Nachname, Geburtsdatum etc.). Die Argumentation mit Nachlässigkeit („nicht gewusst, nicht gesehen“) wird vor Gericht nicht standhalten.

Verwaltungsstrafen vermeiden

Ausländische Staatsbürger sollten darauf bedacht sein, Verwaltungsstrafen nicht nur als Privatperson, sondern auch als Mitarbeiter (Leiter) einer Firma beziehungsweise Organisation zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist das Thema Kompetenzübertragung ausgesprochen aktuell, insbesondere in solchen Bereichen wie Buchhaltung, Steuern etc., in denen Verwaltungsstrafen für Organisationen und Dienstpersonen keine Seltenheit sind. Hierzu wäre zu empfehlen, alle abrechnungspflichtigen Personen erteilten Vollmachten sowie alle in der jeweiligen Organisation geltenden Verordnungen und Dienstvorschriften im Detail zu analysieren.

Informieren Sie sich im Voraus, vor Überquerung der russischen Staatsgrenze, über die geltenden Zoll- und sanitärtechnischen Vorschriften, um Missverständnisse an der Grenze auszuschließen.

Dokumente kontrollieren

Eine Firma beziehungsweise Organisation, die ausländische Staatsbürger beschäftigt, sollte die Ablaufdaten aller wichtigen Dokumente ihrer ausländischen Mitarbeiter (Visum, Krankenversicherung etc.) streng kontrollieren und exakt verfolgen. Darüber hinaus ist es unbedingt erforderlich, die Regel der Aufenthaltsdauer von 90 Tagen binnen jeweils 180 Tagen strikt einzuhalten.

Die vorliegenden Empfehlungen wurden unter Mitwirkung von Andrej Slepow, Senior Lawyer bei Beiten Burkhardt Moskau, und Olga Tjangajewa, Juristin bei Balashova Legal Consultants, zusammengestellt.